

13.02.2009

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 3072 vom 15. Januar 2009  
des Abgeordneten Rüdiger Sagel fraktionslos  
Drucksache 14/8303

### **Eskalation bei Demonstration gegen Studiengebühren in Münster**

**Der Innenminister** hat die Kleine Anfrage 3072 mit Schreiben vom 12. Februar 2009 namens der Landesregierung wie folgt beantwortet:

#### ***Vorbemerkung der Kleinen Anfrage***

Die Demonstration des Allgemeinen Studierendenausschusses und der Fachschaftenkonferenz der Universität Münster am 17.12.2008 begann am Hauptbahnhof. Die Vollversammlung fand auf dem Schlossplatz statt. Dort war bereits eine Bühne aufgebaut. Auch der während der Demonstration mitgeführte Lautsprecherwagen, welcher vorgefahren war, erwartete den ankommenden Demozug. Jedoch standen auch PolizeibeamtInnen vor dem Haupteingang des Schlosses. Bei ihnen handelte es sich um Streifenpolizei. Des Weiteren standen 20 bis 30 Einsatzwagen mit Bereitschaftspolizei vor den beiden Schlossflügeln bereit, was für Münster als untypisch anzusehen ist. Bei den letzten Protesten gegen Studiengebühren wurde beispielsweise erst im Schlossfoyer eine Polizeikette gebildet. Auch die Einsatzwagen der Polizei wurden hinter dem Schloss oder in Seitenstraßen geparkt.

Der eintreffende Demonstrationzug lief auf den Haupteingang und die sich davor befindenden BeamtInnen zu. Laut Augenzeugenberichten bildete die Polizei keine geschlossene Kette und die DemonstrantInnen versuchten, sich zwischen ihnen hindurch zu schieben. Dabei agierten die eingesetzten Verkehrspolizisten z. T. panisch und reagierten umgehend mit Handgreiflichkeiten und dem Einsatz von Pfefferspray. Es kam zu Rangeleien und zu Inge-wahrsamnahmen. Die Verkehrspolizisten wurden durch BeamtInnen der Einsatzpolizei ersetzt.

Während dessen wurde mit der Vollversammlung begonnen und der erste Themenblock (Beschwerdewoche der Fachschaften) abgehandelt. Während der Redebeiträge wurde der

Datum des Originals: 12.02.2009/Ausgegeben: 17.02.2009

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Versammlungsleiter von den Einsatzleitern aufgefordert, die TeilnehmerInnen aufzufordern, sich nicht mehr zu Vermummern und die Tätlichkeiten gegen die BeamtInnen einzustellen. Der Versammlungsleiter teilt dies der Versammlung mit. Daraufhin beruhigt sich die Situation. Des Weiteren hat die Einsatzleitung gefordert, dass die Versammlung sich auf den Schlossvorplatz zurück ziehen soll, da nur dort eine Versammlung angemeldet wäre. Die Versammlung wurde jedoch auf dem Schlossplatz angemeldet. Insofern weigerte sich der Versammlungsleiter dieser Aufforderung nach zu kommen.

Der Versammlungsleiter hielt sich die ganze Zeit während der Vollversammlung im unmittelbaren Umkreis des Lautsprecherwagens auf. Hier fand auch das erste Gespräch mit der Einsatzleitung statt. Insofern wusste diese von seinem „Aufenthaltsort“. Ein weiterer Gesprächsversuch fand dort jedoch nicht mehr statt.

Nach einem Hinweis des Ermittlungsausschusses, dass es zu Ingewahrsamnahmen gekommen sei, suchte der Versammlungsleiter eigenständig nach der Einsatzleitung. Diese teilte ihm den Aufenthaltsort der Inhaftierten mit und drohte erneut mit persönlichen Konsequenzen und einem Nachspiel. Des Weiteren teilte er ihm mit, dass er die Redebeiträge als Hetze gegen die Polizei empfinden würde und ihn dazu aufforderte, die TeilnehmerInnen dazu zu bringen, nicht weiter gegen die PolizeibeamtInnen zu hetzen. Der Versammlungsleiter teilte der Versammlung daraufhin den Wunsch des Einsatzleiters mit.

Als sich ein Teil der TeilnehmerInnen sich um den rechten Schlossflügel herumbewegte, löste der Versammlungsleiter die Versammlung daraufhin auf. Einigen gelang die Umrundung des Schlosses. Der Rest wurde von herbei eilenden Bereitschaftspolizisten aufgehalten. Es kam zu Ingewahrsamnahmen. Daraufhin bewegten sich die Demonstrierenden nach links. Dort gelang die Umrundung des Schlosses. Sie sammelten sich hinter dem Schloss und machten Lärm. Daraufhin hat der Senatsvorsitzende erwogen die Sitzung abubrechen. Auf den Parkplätzen neben dem Schloss kam es, laut Augenzeugenberichten, zu weiteren Ingewahrsamnahmen und tätlichen Angriffen von PolizistInnen (Schläge ins Gesicht, Griffe an die Brust, etc.) Acht Personen wurden auf dem Nachhauseweg in Gewahrsam genommen. Laut Aussage des EA-Anwalts dienten alle Festnahme der Personalienfeststellung und der ID-Behandlungen. Der Tatvorwurf wäre immer Landfriedensbruch und versuchter Hausfriedensbruch.

Während dessen verstärkte und verlängerte die Polizei ihre Kette hinter dem Schloss und sperrte den Zugang zur Straße ebenfalls ab. Nach der Entscheidung des Senats, die Sitzung zur Erhebung von Studiengebühren zu verlängern, wurde eine Spontandemonstration (250 Personen) zum „studentischen Fachschaften- und Kulturzentrum Baracke“ angemeldet. Der Demonstrationzug setzte sich im Wanderkessel in Bewegung. Zwischendurch hielt sich dieser längere Zeit auf der Kreuzung vor dem Landgericht auf, weil es „Wegfindungsschwierigkeiten“ mit der Polizei gab.

## **Vorbemerkung der Landesregierung**

### **Vorbereitung des Einsatzes und Erkenntnislage**

Am 02.12.2008 wurde durch den ASTA der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) für den 17.12.2008 eine Versammlung in Form eines Aufzuges mit Abschlusskundgebung zum Thema „Studiengebühren“ mit erwarteten 500 Teilnehmern beim Polizeipräsidium Münster angemeldet. Die Versammlungsanmeldung stand im Kontext mit einer Senatssitzung der WWU am 17.12.2008, in der über das weitere Erheben von Studiengebühren entschieden werden sollte.

Bereits am gleichen Tag wurde mit dem Versammlungsleiter ein Kooperationsgespräch geführt und die Versammlung umgehend unter Auflagen bestätigt. Darüber hinaus nahm das Polizeipräsidium Münster frühzeitig Verbindung mit dem Senat der WWU auf, um Einzelheiten zum Ablauf abzusprechen.

Abweichend von der Erwartung des Anmelders hielt das Polizeipräsidium Münster während des Aufzuges bis zu 1.000 Versammlungsteilnehmer für realistisch; zur Abschlusskundgebung wurden darüber hinaus bis zu 2.000 Teilnehmer erwartet.

Aufgrund des emotional besetzten Themas schloss das Polizeipräsidium Münster unfriedliche Aktionen Einzelner nicht aus.

### **Versammlungsverlauf**

Der Aufzug am 17.12.2008 führte ab 14.18 Uhr mit ca. 1.200 Teilnehmern vom Hauptbahnhof über innerstädtische Straßen zum Schlossplatz, den er um 15.15 Uhr erreichte. Im Verlauf wich der Aufzug von der vereinbarten und polizeilich bestätigten Streckenführung ohne Absprache mit der Polizei ab. Auch nach Ansprache durch den verantwortlichen Polizeibeamten veranlasste der Versammlungsleiter nicht die Rückkehr auf die vereinbarte Aufzugstrecke.

Aufgrund von Erfahrungen aus vorangegangenen Versammlungen im Zusammenhang mit der Einführung von Studiengebühren hatte der Senat der WWU entschieden, Versammlungsteilnehmern den Zutritt zum Gebäude zu verwehren. Mit der Wahrnehmung dieser Aufgabe wurde durch die Senatsleitung ein privater Sicherheitsdienst beauftragt.

Vor dem Haupteingang des Schlosses standen sieben Polizeibeamte im Dienstanzug mit weißer Schirmmütze und Parka, um ggf. den privaten Sicherheitsdienst bei der Durchsetzung des Hausrechtes zu unterstützen.

Nach Ankunft des Aufzuges am Schlossplatz versuchten ca. 20 verummte Versammlungsteilnehmer in das Schloss einzudringen. Nachdem ein vor dem Haupteingang stehender Polizeibeamter die erste Person am Arm festhielt, gingen ca. 15 Angehörige dieser Gruppe unter Bildung einer Kette mit Stoßen, Schieben und Schlagen gegen die eingesetzten Polizeibeamten vor. Im Zuge dieser Auseinandersetzung erlitten zwei Polizeibeamte Stichverletzungen an den Händen und mussten ärztlich versorgt werden. Auch gegen zwischenzeitlich zur Unterstützung herbeigeeilte Beamte der Bereitschaftspolizei setzten die Versammlungsteilnehmer ihre Angriffe fort. Zur Abwehr dieser Angriffe setzten die Polizeibeamten Pfefferspray ein.

Der Versammlungsleiter beendete die Versammlung um 16.52 Uhr.

Im Anschluss begaben sich ca. 700 Personen auf die Rückseite des Schlossgebäudes. Nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Senatssitzung führten nach Kooperation von den vor Ort verbliebenen Personen ca. 100 einen Spontanaufzug durch, der um 19.52 Uhr beendet wurde.

Im Nachgang der Versammlung bedankte sich die Rektorin der WWU auch im Namen des Senatsvorsitzenden mit Schreiben vom 30.12.2008 für die konstruktive und angenehme Zusammenarbeit mit der Polizei und stellte das aufmerksame und abwägende Verhalten der Einsatzkräfte heraus.

**1. Welche Maßnahmen zur Deeskalation wurden von Seiten der Polizei ergriffen?**

Das Polizeipräsidium Münster führte unmittelbar nach Anmeldung mit dem Versammlungsleiter ein Kooperationsgespräch durch. Während der Versammlung wurde ständiger Kontakt zum Versammlungsleiter gehalten.

Die Wahl der Dienstkleidung und Ausrüstung der Polizeikräfte erfolgte nach dem jeweiligen Auftrag differenziert. Im Bereich des Haupteinganges wurden zu Beginn sieben Polizeibeamte im Dienstanzug mit weißer Mütze und Parka eingesetzt.

Der Einsatz der Angehörigen der Bereitschaftspolizei erfolgte ohne Helm und Körperschutzausstattung.

Zur Vermeidung einer Eskalation wurden die Straftäter nicht unmittelbar nach Tatausführung festgenommen.

**2. Warum standen die Einsatzwagen der Polizei sichtbar und eingriffsbereit vor den Schlossflügeln?**

Um ggf. kurzfristig Einsatzkräfte verlagern bzw. einen weiteren Aufzug begleiten zu können.

**3. Warum bildete die Polizei keine geschlossene Kette vor dem Schloss und warum reagierte sie dann handgreiflich?**

siehe Vorbemerkungen

**4. Warum wurden Absprachen zwischen Demonstrationsleitung und Polizei nicht eingehalten?**

Seitens des Polizeipräsidiums Münster wurden die im Rahmen des Kooperationsgespräches getroffenen Vereinbarungen eingehalten.

**5. Wie viel Personen wurden mit welcher konkreten Begründung im Einzelfall in Gewahrsam genommen?**

Insgesamt wurden sieben Personen im unmittelbaren Zusammenhang mit den Übergriffen auf die Polizeibeamten am Haupteingang des Schlosses wegen Verdachts des Landfriedensbruchs vorläufig festgenommen.